

# Solidarität? Ein Hirngespinnst

Lüder Gerken  
zur Gesundheitsreform

Nun tritt die x-te Gesundheitsreform in Kraft. Die Bundesregierung – wie kann es anders sein – preist sie als großen Wurf. Die Opposition – wie kann es anders sein – hält sie für einen „verhängnisvollen Systemwechsel“.

Kern der Reform: Die Krankenversicherungsbeiträge werden auf 15,6 Prozent erhöht; der Arbeitgeberanteil wird aber dauerhaft auf 7,3 Prozent eingefroren. Früher wurden die Beiträge je zur Hälfte vom Arbeitnehmer und vom Arbeitgeber gezahlt; das wären jetzt für die Arbeitgeber 7,8 statt 7,3 Prozent gewesen. Nun ist damit endgültig Schluss. Wenn in Zukunft die Beiträge weiter steigen – und das werden sie –, müssen die Arbeitnehmer auch diese Mehrkosten allein tragen.

„Sozial ungerecht“ und „Verrat an der Solidarität“ rufen die Kritiker. Doch welche Auswirkungen hat diese Gesundheitsreform für die Arbeitnehmer wirklich? So paradox es klingt: Die Lasten von Beitragserhöhungen tragen ohnehin die Arbeitnehmer – egal, ob der Arbeitgeber sich an ihnen beteiligen muss oder nicht. Und zwar aus folgendem Grund: Ob ein Unternehmen Arbeitsplätze abbaut, hängt ganz entscheidend von den Arbeitskosten ab. Je stärker sie steigen, desto eher werden Mitarbeiter entlassen.

Zu den Arbeitskosten gehört neben dem Lohn auch der Arbeitgeberanteil, den das Unternehmen an die Sozialversicherungen zahlen muss. Für das Unternehmen spielt es dabei keine Rolle, ob es 1000 Euro als Lohn an den Arbeitnehmer und 200 Euro an die Sozialversicherung zahlt oder 1200 Euro als Lohn an den Arbeitnehmer. Die Kosten sind gleich. Bei der früheren hälftigen Aufteilung auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber hatte eine Beitragserhöhung von zum Beispiel zwei Prozent zwei Wirkungen: Erstens sank das Nettoeinkommen der Arbeitnehmer um ein Prozent. Zweitens stiegen die Arbeitskosten der Arbeitgeber um ein Prozent.

Kostensteigerungen betrachten Unternehmen in einem ansonsten unveränderten Umfeld immer als ein Problem, weil sie die Ertragskraft belasten. Sie lösen daher fast automatisch Überlegungen aus, wie die Arbeitskosten wieder verringert werden können. Eine Lohnsenkung ist meist ausgeschlossen, weil die Gewerkschaften nicht mitspielen. Der übliche Ausweg ist daher die Rationalisierung. Sie bewirkt, dass dieselbe Gütermenge mit weniger Arbeitnehmern produziert und die dann über-

zähligen Mitarbeiter entlassen werden können, sodass die Arbeitskosten wieder sinken. Das bedeutet: Eine Erhöhung des Arbeitgeberbeitrags zur Krankenversicherung vernichtet letztlich Arbeitsplätze.

Die Gesundheitsreform macht damit Schluss. Zukünftig müssen die Arbeitnehmer Beitragserhöhungen allein tragen; die Arbeitskosten der Unternehmen verteuern sich nicht weiter. Es entsteht folglich kein Druck, zu rationalisieren und Arbeitsplätze abzubauen. Allerdings sinken die Einkommen der Arbeitnehmer stärker als vorher – im Beispiel um zwei statt um ein Prozent.

Welches Modell ist solidarisch und welches unsolidarisch? Bei der – gerne als „unsolidarisch“ bezeichneten – Alleinbelastung der Arbeitnehmer sind die Einkommensverluste für alle Arbeitnehmer größer, aber keiner verliert als Folge einer Beitragsanhebung seinen Arbeitsplatz. Bei der – gerne als „solidarisch“ bezeichneten – Aufteilung der Versicherungsbeiträge auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer erleiden zwar die meisten Arbeitnehmer geringere Einkommensverluste, aber gleichzeitig büßen etliche Arbeitnehmer ihr Einkommen vollständig ein, weil ihr Arbeitsplatz wegrationalisiert wird.

Fazit: Die „solidarische“ Beteiligung der Arbeitgeber ist ein Hirngespinnst. Es gibt sie nicht, weil die Arbeitgeber Mehrbelastungen durch Abbau von Arbeitsplätzen kompensieren. Die „unsolidarische“ Alleinfinanzierung durch die Arbeitnehmer ist immerhin – wenn man das so nennen will – eine Solidarität zwischen den Arbeitnehmern, weil sie Arbeitsplätze erhält.

Auch die Opposition kann diese ökonomischen Zwänge nicht ausschalten. Aber warum protestiert sie dann so lauthals? Hat sie die Zusammenhänge nicht verstanden? Oder trachtet sie populistisch nach Wählerstimmen? Und warum erläutert die Regierung nicht, dass die Politik vor einem Dilemma steht und sich entscheiden muss zwischen dem Erhalt von Arbeitsplätzen bei größeren Lohnneinbußen einerseits und zusätzlicher Arbeitslosigkeit bei geringeren Lohnneinbußen andererseits?

Freilich: Wer dieses Dilemma offen ausspricht, hat keine Möglichkeit mehr zur ideologischen Keilerei. Und ohne die können Politiker, egal welcher Couleur, offenbar nicht leben.

politik@weser-kurier.de

Der Autor: Lüder Gerken ist Wirtschafts- und Rechtswissenschaftler. Er wurde 1958 in Bremen geboren; heute ist er Vorsitzender der Stiftung Ordnungspolitik und des Centrums für Europäische Politik in Freiburg,